

Grundrente der Großen Koalition: Fragen und Antworten

Die Große Koalition hat sich nach langem Gezerre auf die Einführung einer Grundrente geeinigt. Wer mindestens 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat und ein bestimmtes Einkommen nicht überschreitet, soll in Zukunft eine höhere Rente erhalten. Die geschätzten Kosten von 1,5 Milliarden Euro sollen durch eine Finanztransaktionssteuer und aus dem Haushalt finanziert werden. Für die FDP-Fraktion ist klar: Die Grundrente ist unfair, ungeeignet zur zielgenauen Bekämpfung von Altersarmut und geht zulasten der jungen Generation. Wir setzen dem unser Konzept der Basis-Rente entgegen, das zielgenauer und günstiger ist.

Was ist die Grundrente und wie gerecht ist sie?

Durch die Grundrente soll der individuelle Rentenanspruch von Menschen mit geringen Rentenansprüchen in Zukunft aufgewertet werden. Sie werden nahezu so behandelt, als hätten sie für 80 Prozent des Durchschnittslohns gearbeitet. Die Grundrente bewertet Lebensleistung demnach sehr unterschiedlich und das ist ungerecht. Denn die gesetzliche Rente ist bisher ein faires System: Jeder erwirbt Ansprüche entsprechend seiner Beiträge. Das ist das sogenannte Äquivalenzprinzip. Die Grundrente hebt dieses Prinzip aus. So erhalten Menschen, die deutlich mehr in die Rentenversicherung eingezahlt haben, praktisch genau so viel Rente wie Bezieher der Grundrente, die nur halb so viel eingezahlt haben. Das schafft neue Ungerechtigkeiten.

Wer bekommt die Grundrente und wer geht leer aus?

Es gibt dafür zwei maßgebliche Kriterien: mindestens 35 Beitragsjahre und eine monatliche Einkommensgrenze von 1.250 Euro für Alleinstehende und 1.950 Euro für Paare. Beide Kriterien sind jedoch willkürlich. So wird etwa durch das erste ein Keil zwischen Rentner mit mehr und weniger als 35 Beitragsjahren getrieben. Für die Große Koalition beginnt Lebensleistung offenbar erst nach 35 Jahren. Zudem wird nicht nach dem Umfang der Arbeit unterschieden: Vollzeit- und Teilzeitarbeit werden gleich behandelt. Als treffsicheres Kriterium für Altersarmut können die 35 Jahre nicht herhalten, denn von Altersarmut sind vor allem diejenigen bedroht, die weniger als 35 Jahre eingezahlt haben. Das zweite Kriterium ersetzt die im Koalitionsvertrag vereinbarte Bedürftigkeitsprüfung. An dieser Stelle ist die Union eingeknickt. Die Bedürftigkeitsprüfung ist unabdingbar, da nur so der tatsächliche Bedarf festgestellt werden kann. Eine Einkommensgrenze hingegen schafft Bürokratie und neue Ungerechtigkeiten: Wer geerbt hat, Wohneigentum besitzt oder ein

Aktiendepot pflegt, bezieht potenziell die Grundrente. Wer hingegen eine staatlich geförderte Betriebs- und Riester-Rente abgeschlossen hat, erreicht zusammen mit der gesetzlichen Rente schnell die Einkommensgrenze und bleibt außen vor.

Wie teuer wird die Grundrente und wer soll das bezahlen?

Bis zu 1,5 Millionen Menschen sollen die Grundrente erhalten. Die Kosten hierfür liegen laut Großer Koalition bei anfangs rund 1,5 Milliarden Euro jährlich und steigen in den Folgejahren an. Zur Finanzierung soll eine Finanztransaktionssteuer eingeführt und noch mehr Geld aus dem Bundeshaushalt an die Rentenversicherung gezahlt werden. Jedoch findet sich in der mittelfristigen Finanzplanung von Bundesfinanzminister Scholz hierzu bisher gar nichts. Auf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu vertrauen, ist nicht nur unseriös, sondern auch in der Sache falsch. Denn sie würde nicht die großen Hedgefonds, sondern vor allem die Kleinsparer treffen. Private Altersvorsorge würde so zusätzlich erschwert. Auch die Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenkasse ist problematisch. Denn er ist schon heute immens. 2020 wird er erstmals die 100-Milliarden-Euro-Grenze überspringen. Statt den Zuschuss durch Reformen zu begrenzen, schnürt die Große Koalition ein milliardenschweres Rentenpaket nach dem anderen. Das engt die Spielräume im Bundeshaushalt etwas für Bildung und Investitionen immer weiter ein. Es droht am Ende ein erneuter Schlag gegen die Generationengerechtigkeit. Die Große Koalition hat nach der Mütterrente I und II, der Rente ab 63 und der Manipulation der Rentenformel mit der Grundrente das nächste teure Rentenprojekt auf den Weg gebracht. Für zukünftige Generationen ist das alles kaum noch zu schultern. Sie sind die großen Verlierer der Rentenpolitik der Großen Koalition.

Was fordert die FDP-Fraktion stattdessen?

Unser Konzept heißt Basis-Rente. Diese wirkt zielgenau gegen drohende Altersarmut, weil sie 35 Beitragsjahre nicht zur Bedingung macht und sich ausschließlich an bedürftige Menschen richtet. Gleichzeitig ist sie mit etwa 400 Millionen Euro jährlich deutlich günstiger als die Grundrente der Großen Koalition. Die Basis-Rente stellt alle bedürftigen Menschen mit eigenen Rentenansprüchen besser. Das erreichen wir durch einen 20-prozentigen Freibetrag für Rentenansprüche bei der Grundsicherung im Alter. Für eine Rentnerin mit Rentenansprüchen von 500 Euro im Monat hieße das: 100 Euro mehr. Somit lohnen sich Arbeit und private Vorsorge immer. Damit werden anders als bei der Grundrente der Großen Koalition keine neuen Ungerechtigkeiten geschaffen und das Äquivalenzprinzip bleibt erhalten.